

## **Beschluss: Neustart Deutschland: Befreiungsschlag für ein Land, das wieder erfolgreich ist**

Deutschland ist ein Land voller Potenzial und Möglichkeiten: Wir leben in Freundschaft zu unseren europäischen Nachbarn, haben eine freiheitliche Verfassung und verfügen über eine starke wirtschaftliche und technologische Basis. Und doch droht unser Land an den gegenwärtigen globalen, technologischen und sozialen Umwälzungen zu scheitern: An der eigenen Bequemlichkeit, an einem Staat, der überall mitmischt und gerade deshalb nicht mehr funktioniert, an Bedenken, bürokratischem Formalismus, einer zunehmenden Orientierung an Symbolpolitik statt wirksamer Problemlösung und Entscheidungsschwäche seiner politischen Führung, vor allem aber an einem Mangel an Vertrauen in die Kraft und Kreativität seiner Bürgerinnen und Bürger.

Wohl noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik war der Reformbedarf in Deutschland so offenkundig und umfassend. Auch vergangene Situationen – etwa die Arbeitslosigkeit zu Beginn des Jahrtausends oder das Zusammenwachsen von Ost- und Westdeutschland in den 1990er-Jahren – waren politisch herausfordernd. Heute allerdings spielen alle Probleme ineinander: Die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von unberechenbaren Partnern, militärische und hybride Bedrohungen, politische Polarisierung, unzureichende staatliche Handlungsfähigkeit und wirtschaftliche Stagnation.

Die Freien Demokraten wollen die wichtigste, von der Politik meist vernachlässigte Kraft unseres Landes neu freisetzen: die Tatkraft der Menschen, mit ihren Talenten, ihrer Kreativität und ihrer Leistungsbereitschaft. Deutschland braucht den Neustart. Im Zentrum muss die Rückkehr zu wirtschaftlicher Stärke stehen. Nur sie garantiert Wohlstand, soziale Stabilität, staatliche Handlungsfähigkeit, internationales Gewicht und starken Rückhalt für unsere liberale Demokratie. Reformen für neue wirtschaftliche Dynamik erleichtern alle anderen Schritte, die wir in anderen Politikfeldern gehen müssen. Wir Freie Demokraten wollen der verzagten und inhaltsleeren Reformbeschwörungsrhetorik der schwarz-roten Koalition einen Befreiungsschlag entgegen setzen. Für ein Land, das wieder erfolgreich ist – besser heute als morgen.

### **Freiraum für den Neustart**

Wir Freie Demokraten setzen auf alle, die in unserem Land etwas bewegen, gestalten und verbessern wollen. Allzu oft werden diese Menschen heute daran gehindert, ihr Potenzial zu entfalten. Regulierung und Bürokratie auf europäischer und nationaler Ebene richten sich vielfach gegen neue Ideen, Eigeninitiative und Motivation. Die Regulierungsdichte ist zunächst ein Kostenfaktor, der unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit erheblich schädigt. Mindestens ebenso schwer wiegt aber der Verlust an Vertrauen in den demokratischen Rechtsstaat, der eintritt, wenn selbst Spezialisten den Überblick über das anwendbare Regelwerk verlieren und Recht und Rechtssicherheit nicht mehr Hand in Hand gehen.

Ein liberaler Neustart unseres Landes verlangt deshalb einen grundlegenden Mentalitätswechsel: Weg vom Misstrauen hin zum Vertrauen - im Zweifel für die Freiheit. Wir wollen einen schlanken Staat, der persönliche Entfaltung und unternehmerisches Handeln als Triebfeder von Fortschritt versteht und sich daher auf seine Kernaufgaben – zuallererst Sicherheit, Rechtsstaat, Bildung und Infrastruktur – konzentriert.

Um Freiraum für den Neustart zu schaffen, wollen wir

- eine Generalrevision der bestehenden Bürokratie und Regulierung hin zu mehr Vertrauen in verantwortungsbewusste Entscheidungen von Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen: In einem ersten Schritt sind die zwanzig bundesrechtlichen Vorschriften mit dem höchsten Erfüllungsaufwand

mit Wirkung zum 31. Dezember 2028 vollständig außer Kraft zu setzen. Im nächsten Schritt hat der Gesetzgeber dann rund zweieinhalb Jahre Zeit, wirklich erforderliche Regeln neu oder in abgespeckter Form zu erlassen; soweit er bis 2028 keine neue Regelung trifft, entfallen die entsprechenden Vorschriften.

- in einem weiteren ersten Schritt die bisherige Übererfüllung der Umsetzung von EU-Vorgaben („Gold Plating“) schnellstmöglich beenden und dazu binnen einer Wahlperiode die bestehende Übererfüllung vollständig zu beseitigen sowie auf eine derartige Übererfüllung in Zukunft vollständig zu verzichten.
- den Nationalen Normenkontrollrat zu einer echten Kontrollinstanz aufwerten. Er soll künftig direkt vom Bundestag gewählt werden und im Gesetzgebungsverfahren das Recht erhalten, Widerspruch gegen zusätzliche Bürokratiebelastungen einzulegen. Dieser Widerspruch soll nur mit den Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages (Kanzlermehrheit) überstimmt werden können.
- es zur Regel machen, dass eine beantragte Genehmigung nach Ablauf von drei Monaten ab Einreichung der vollständigen Antragsunterlagen als erteilt gilt. Zudem wollen wir mehr Genehmigungspflichten in reine Anzeigepflichten umwandeln.
- Verwaltungsvorgänge über Bund-Länder-Grenzen hinweg bündeln, standardisieren, interoperabel gestalten und digitalisieren.
- eine echte Once-Only-Strategie umsetzen: Daten, über die der Staat bereits verfügt, müssen von den Bürgern und Unternehmen kein zweites Mal angegeben werden.

Neben diesen dauerhaften, strukturellen Maßnahmen gegen ausufernde Regulierung fordern wir ein „Sofortprogramm Freiraum“. Dazu gehören:

- der Ausbau des europäischen Binnenmarkts dort, wo noch Barrieren bestehen, insbesondere bei Arbeit, Dienstleistungen und auf dem Kapitalmarkt. Statt kleinteiliger Detailregulierung brauchen wir eine europäische Ordnungspolitik, die den freien Wettbewerb wieder als zentralen Fortschrittstreiber begreift; entsprechend sollten die Taxonomie-Verordnung, Nachhaltigkeitsberichtspflichten, die Entwaldungsverordnung, die Wiederherstellungsverordnung, die Lieferketten-Richtlinie und die Energieeffizienz-Richtlinie in ihrer heutigen Form entfallen. Die Künstliche-Intelligenz-Verordnung muss technologiefreundlich überarbeitet werden.
- eine drastische Einschränkung des ausufernden Verbandsklagerechts, insbesondere im Infrastruktur- und Umweltbereich.
- die Harmonisierung und radikale Vereinfachung des Baurechts über Bundesländer hinweg. Deutschland soll sich an den einfachsten Baurechtsstandards in Europa (z. B. Dänemark) orientieren.
- eine Reform des Datenschutzes, insbesondere der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), sowie die Bündelung der zersplitterten Datenaufsicht in Deutschland auf Bundesebene.
- die deutliche Reduzierung der betrieblichen Beauftragten.

## **Neustart für Leistung und Aufstieg**

Als Freie Demokraten stärken wir diejenigen, die etwas leisten wollen. Die wirtschaftliche Stagnation kostet viele Menschen Einstiegs- und Aufstiegschancen. Gleichzeitig hat sich das bürokratische Dickicht aus unsystematisch nebeneinander existierenden Sozialleistungen zu einer Dauertransferfalle entwickelt. In dieser wird zu wenig Eigeninitiative eingefordert und Anstrengung zu wenig honoriert. Die Betroffenen verbleiben de facto in Abhängigkeit von einer gewachsenen Sozialindustrie. Ihr Wiedereinstieg ins Erwerbsleben wird nicht erleichtert, sondern erschwert. Statt Armutsverwaltung setzen wir auf Hilfe zur Selbsthilfe und echte Aufstiegschancen.

Für einen Neustart für Leistung und Aufstieg wollen wir

- eine neue 50-Cent-Regel gesetzlich verankern: Allen Erwerbstätigen müssen – unabhängig von ihrer Erwerbssituation und ihrem Erwerbsumfang - nach Steuern, Abgaben und Transferentzug mindestens 50 Cent von jedem zusätzlich verdienten Euro verbleiben.
- das über Jahrzehnte gewachsene bürokratische Dickicht an unterschiedlichen Sozialleistungen mit ähnlicher Zielsetzung neu ordnen. Steuerfinanzierte Sozialleistungen sollen in einem einzigen transparenten und konsistenten System, der negativen Einkommensteuer, zusammengefasst werden. Der Leistungsanspruch wird mit einer etwaigen Steuerschuld verrechnet und ausgezahlt. In einem ersten Schritt in diese Richtung sollen Bürgergeld, Wohngeld und Kinderzuschlag zusammengeführt werden; die Wohnkosten sollen mit einem nach Regionen gestaffelten Pauschalbetrag angesetzt werden.
- die Hinzuverdienstregeln so reformieren, dass nicht die Kombination aus Bürgergeld und Minijob besonders attraktiv ist, sondern der schrittweise Ausstieg aus Sozialleistungen. Wer sich mehr erarbeitet, muss auch immer spürbar mehr Netto behalten.
- erwerbsfähige Leistungsberechtigte zu aktiver Mitwirkung und Eigeninitiative bei der Arbeitssuche verpflichten, einschließlich einer Bringschuld und Beweislast. Die ersten zwölf Monate des Leistungsbezugs wollen wir als Intensivphase mit besonders hoher Kontaktdichte und Arbeits- und Qualifizierungsangeboten konzipieren, bei Versicherungsleistungen nach ALG I nach einer dreimonatigen Phase der Eigenverantwortung. Sprachkurse und die Integration in den Arbeitsmarkt sollen künftig nicht mehr nacheinander, sondern wo immer möglich nebeneinander stattfinden. Erwerbsfähige Grundsicherungsempfänger, die weder einer Arbeit nachgehen noch an Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen, sollen, sofern keine wichtigen Gründe entgegenstehen, verpflichtet werden, eine Arbeitsgelegenheit – etwa eine gemeinnützige Tätigkeit – anzunehmen.

Die Arbeitswelt verändert sich rasant, getrieben von der Einführung neuer Technologien wie künstlicher Intelligenz oder der Alterung unserer Gesellschaft. Dadurch entstehen neue Erwerbs- und Aufstiegschancen, aber in einigen Berufsbildern auch Risiken, den Anschluss an die Zukunft zu verlieren. Unser Arbeitsrecht muss diesen Wandel ermöglichen und so flankieren, dass in Deutschland möglichst viele Menschen möglichst früh und umfassend die Chancen dieser Entwicklung ergreifen können.

Daher wollen wir

- den Wechsel des Arbeitgebers ebenso erleichtern wie den Wechsel zwischen abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit. Wir wollen das Kündigungsschutzgesetz um einfache, rechtssichere Abfindungsregeln erweitern und den Kündigungsschutz für Spitzenverdiener einschränken. Die auf Abfindungen gezahlte Steuer soll anschließend über fünf Jahre hinweg jeweils zu einem Fünftel gegenüber dem neuen Erwerbseinkommen steuerlich angerechnet werden können. Sachgrundlose Befristungen wollen wir künftig für bis zu vier Jahre zulassen, um Einstellungshürden zu senken.
- im Arbeitszeitgesetz eine wöchentliche statt einer täglichen Höchstarbeitszeit einführen und Öffnungsklauseln bei Ruhezeitregelungen schaffen.
- den Rechtsanspruch auf Teilzeit auf Fälle wie Kindererziehung, Pflege von Angehörigen oder berufsbegleitende Weiterbildung beschränken.
- bei der gesetzlichen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zwei Karenztage einführen. Die Krankenkassen sollen die Möglichkeit erhalten, Arbeitnehmern eine freiwillige zusätzliche Absicherung für Karenztage anzubieten.

In Deutschland tragen rund 3,7 Millionen Selbstständige, davon rund die Hälfte als Solo-Selbstständige, erheblich zur Wertschöpfung bei. Sie treiben Innovation voran und übernehmen unternehmerische

Verantwortung. Selbstständige sind ein viel zu häufig übersehenes und unterschätztes Kraftzentrum unserer Volkswirtschaft.

Um Selbstständigkeit wieder mit Vertrauen und Wertschätzung zu begegnen, wollen wir

- das Statusfeststellungsverfahren abschaffen und durch ein Statuserkklärungsverfahren ersetzen, in dem sich jeder frei und eigenverantwortlich zum Selbstständigen erklären kann.
- Kapital- und Personengesellschaften steuerlich dahingehend angleichen, dass auch kleinere unternehmerische Einheiten Rücklagen bilden und Gewinne im Betrieb belassen können.
- mit einer modernisierten Wiederauflage der Ich-AG mehr Menschen einen einfachen und unbürokratischen Einstieg in die Selbstständigkeit öffnen.

## **Neustart in der Finanzpolitik – mit Vernunft und Verantwortung**

Das Steuersystem und die öffentlichen Haushalte spiegeln den Zustand Deutschlands am Besten wider. Unter liberaler Regierungsverantwortung sind in der vergangenen Legislaturperiode sowohl die Staatsquote als auch die Abgabenquote und die Schuldenquote gesunken. Im Jahr 2026 hingegen wird die Staatsquote auf über 51 Prozent und die Abgabenquote auf den unrühmlichen Rekordwert von rund 42 Prozent steigen, während die in dieser Wahlperiode vorgesehene Neuverschuldung alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Reformen werden vermieden, ineffiziente Systeme werden mit immer mehr Staatsgeld am Laufen gehalten.

Zu oft bleibt zudem folgenlos, wenn politisch Verantwortliche öffentliche Mittel wider besseres Wissen riskieren oder verschwenden. Wer von Bürgerinnen und Bürgern Steuerehrlichkeit verlangt, muss selbst höchste Sorgfalt beim Umgang mit Steuergeld walten lassen.

Diese Politik entmutigt und verdrängt private Initiative, unternehmerische Verantwortung und Leistungsbereitschaft. Unser Land wird dadurch schwächer und ärmer. Wir wollen diese Abwärtsspirale durchbrechen. Der Rückbau des Staates auf Kernaufgaben, die Stärkung der staatlichen Leistungsfähigkeit und die Entlastung der Bürger und Unternehmen von Steuern und Abgaben gehören zusammen und bedingen einander. Die wohlhabendsten und freiesten Gesellschaften der Welt zeigen, dass Wohlstand eine Frage von weniger und nicht mehr Staat ist. Daher fordern wir perspektivisch eine Staatsquote von höchstens 33 Prozent.

Um die öffentlichen Haushalte wieder solide aufzustellen, wollen wir

- die Schuldenbremse wieder voll zur Geltung bringen. Ausnahmen müssen klar definiert, zeitlich befristet und an echte Notlagen gebunden bleiben. Die Bereichsausnahme für Verteidigungsausgaben soll schrittweise reduziert werden und nach 15 Jahren komplett entfallen. Dadurch kehren wir zur finanziellen Solidität zurück, ohne die aktuell gebotene Stärkung unserer Verteidigungsfähigkeit zu gefährden. Weitere Aufweichungen und Verwässerungen der Schuldenbremse lehnen wir strikt ab.
- die Finanzlage des Bundes ehrlich und transparent ausweisen, indem wir mindestens die Hälfte der Sondervermögen des Bundes in den Bundeshaushalt überführen und damit finanzielle Verschiebebahnhöfe und Schattenhaushalte beseitigen. Zudem soll für alle Bundes-, Landes- und Kommunalhaushalte eine umfassende doppelte Buchführung eingeführt werden. Dadurch werden Investitionen und Vermögensverzehr transparent und die Schuldenbremse kann besser mit notwendigen Investitionen verbunden werden.
- die persönliche Verantwortlichkeit im Umgang mit öffentlichen Mitteln stärken. Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit dürfen nicht bei Buchführung und Transparenz enden. Wo Entscheidungsträger Warnungen der Fachverwaltung, Rechnungshöfe, Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen oder belastbare Risikohinweise bewusst übergehen und dadurch erhebliche Schäden für die öffentliche Hand

verursachen, muss dies rechtliche Folgen haben.

- bestehende Subventionen radikal reduzieren. Jede Subvention muss zeitlich befristet und degressiv sein. Wir wollen keine subventionsgetriebene Industriepolitik, weder für die Ansiedelung von Batterie- oder Chipfabriken noch für Solarmodulhersteller, Werften oder Handelsketten. Auch Förderprogramme für Privathaushalte – von Kaufprämien für Autos über die Subventionierung von Ladestationen bis hin zum Heizungs austausch – wollen wir deutlich zurückfahren. Die bessere Lösung liegt auch hier im Abbau der vielen Markteingriffe, die regelmäßig der Grund für diese Förderprogramme sind – und dem Übergang zu einem technologieoffenen Ordnungsmodell mit CO<sub>2</sub>-Emissionshandel und der Auszahlung der Einnahmen aus dem Emissionshandel an die Bürger als jährliche Klimadividende.
- den öffentlichen Sektor auf ein vernünftiges Maß zurückfahren, indem in den nächsten fünf Jahren mindestens 100 der über 900 Bundesbehörden abgeschafft oder zusammengelegt und jährlich netto zwei Prozent aller Verwaltungsstellen eingespart werden. Speziell im Bereich der Verbeamtungen wollen wir angesichts der großen und langfristigen finanziellen Lasten restriktiver vorgehen, nur noch nach Notwendigkeit und primär im originär hoheitlichen Bereich verbeamten und einen Abbau bzw. die Umwandlung von Beamtenstellen außerhalb dieser Bereiche anstreben, etwa wenn dies durch Pensionierungen der Stelleninhaber ohnehin nahe liegt. Wir wollen Doppel- und Mischzuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen beseitigen und insbesondere den Kommunen weniger Pflichtaufgaben auferlegen.
- den öffentlichen Dienst reformieren. Der Dienstleistungsgedanke sollte bei allen Beamten und Angestellten im Vordergrund stehen, die Risikoaversion gegenüber Entscheidungen muss im Gegenzug sinken. Der Leistungsgedanke in der Verwaltung muss durch Schaffung von Anreizen und moderne Mitarbeiterführungsprinzipien gefördert werden (z. B. monetäre Anreize, einheitliches Bewertungssystem für Behördenleitungen und Mitarbeiter, verbindliche Zielvereinbarungen, Leistungsindikatoren).

Wir wollen ein Einfachsteuersystem, das jede und jeder versteht. Die Bürger sollen immer mehr von dem selbst erwirtschafteten Einkommen behalten dürfen, als sie über Steuern und Abgaben an den Staat abführen (Halbteilungsgrundsatz). Arbeit, Anstrengung, und Aufstiegswille müssen sich ebenso auszahlen wie unternehmerisches Handeln, Ideenreichtum und Risikobereitschaft.

Um die Einfachsteuer einzuführen, wollen wir

- den derzeitigen linear-progressiven Steuertarif durch einen Vier-Stufen-Tarif mit den Tarifstufen 15, 25, 35 und 42 Prozent ersetzen. Damit beseitigen wir den leistungsfeindlichen „Mittelstandsbauch“ im Steuertarif. Der Solidaritätszuschlag wird abgeschafft. Wir streben in einem ersten Schritt eine Nettoentlastungswirkung von rund 31 Milliarden Euro an. Im Zuge einer erfolgreichen Politik für mehr Wirtschaftswachstum und der Senkung der Staatsausgaben streben wir weitere Entlastungsschritte für alle an. Insbesondere wollen wir die kalte Progression bekämpfen, indem wir die Tarifstufen und den Freibetrag automatisch an die Inflation koppeln. Mit den vier Stufen werden bei Überschreitung der jeweiligen Einkommensschwelle allein die darüber hinaus verdienten Euros mit dem höheren Steuersatz der neuen Stufe belastet. Mit den vier Stufen kann jeder Steuerbürger schnell erkennen, welche steuerlichen Belastungen er bei zusätzlichem persönlichem Einkommen hat. So entstehen Anreize für Mehrarbeit.
- langfristig die vierte Stufe des Einkommensteuertarifs mit dem Steuersatz von 42 Prozent entfallen lassen, so dass der Spitzensteuersatz 35 Prozent beträgt.
- Lenkungs- und Bagatellsteuern sowie die Wegzugbesteuerung abschaffen.
- Ausnahmetatbestände abschaffen, um im Gegenzug den Steuertarif bei der Einkommensteuer zu reformieren und die Steuersätze abzusenken.

- die Steuerbelastung von Unternehmen für alle unternehmerischen Einkünfte und alle Rechtsformen auf maximal 20 Prozent reduzieren. Die gerade im aktuellen Strukturwandel bedeutsamen Konzernumstrukturierungen müssen belastungsfrei möglich sein. Die Eigenkapitalfinanzierung darf gegenüber der Fremdfinanzierung nicht länger schlechter gestellt werden.
- die extrem konjunkturabhängige kommunale Gewerbesteuer ersetzen zugunsten eines kommunalen Zuschlagsrechts auf die anderen Ertragsteuern.
- die Umsatzsteuer durch einen einheitlichen Steuersatz vereinfachen; Ausnahmen sollen beseitigt und dafür der Steuersatz abgesenkt werden; zum Sichern des Existenzminimums sollen damit einhergehende Mehrbelastungen über die Sozialleistungen abgedeckt werden.
- die Erbschaftsteuer abschaffen, um die Lebensleistung standorttreuer deutscher Familienunternehmen zu respektieren.
- eine moderne und serviceorientierte digitale Steuerverwaltung schaffen. Mit Hilfe künstlicher Intelligenz sollen in allen einfach gelagerten Fällen (insbesondere Arbeitnehmer, Renter) Steuererklärung und Steuerbescheid automatisiert erstellt werden (Easy Tax).

*[Die Abschnitte „Neustart für Vermögensaufbau und Altersvorsorge“ sowie „Neustart in der Energiepolitik: marktwirtschaftlich und technologieoffen“ wurden an den Bundesvorstand verwiesen.]*